

Bürgerinitiative Zukunft Energie
<https://Bi-Zukunft-Energie.de>

An das
Amt Zarrentin
– zur Verteilung an die Mandatsträger in den Gemeindegremien –
Kirchplatz 8

19246 Zarrentin am Schaalsee

Zarrentin, 01.01.2026

Vorstellung des Berichts zur Kommunalen Wärmeplanung am 13.01.2026

Sehr geehrte Damen und Herren in den Gremien der Gemeinden des Amtes
Zarrentin,

am 13. Januar 2026 soll der Bericht zur Kommunalen Wärmeplanung (KWP) für das Amt Zarrentin am Schaalsee um 19:00 Uhr im Kloster Zarrentin öffentlich vorgestellt werden. Der Bericht entfaltet seine formale Wirkung jedoch erst nach Beschlussfassung durch die zuständigen kommunalen Gremien sowie der Freigabe durch eine übergeordnete Stelle mit rechtsverbindlicher Ausweisung der Wärmeplanungsgebiete.

Die Kommunale Wärmeplanung ist als strategisches, langfristiges Orientierungsinstrument angelegt, um die Wärmeerzeugung und -versorgung bis spätestens 2045 klimaneutral umzustellen. Auch wenn sie rechtlich unverbindlich ist, bildet sie faktisch die Grundlage für weitreichende Investitionsentscheidungen, Folgeplanungen und Förderanträge. Entsprechend hoch sind die Anforderungen an Datenqualität, methodische Tiefe und Plausibilität der Ergebnisse, wie sie im Wärmeplanungsgesetz (WPG) sowie einschlägigen Praxisleitfäden formuliert sind.

Die Kommunale Wärmeplanung bietet Vorteile für kleine Gemeinden und damit für ihre Bürger*innen. Sie ermöglicht eine detaillierte Bestands- und Potenzialanalyse als Grundlage für die Planung und Umsetzung von Maßnahmen, die auf erneuerbare Energien setzen. Eine erfolgreiche Umsetzung erfordert die frühzeitige Beteiligung und Unterstützung aller relevanten Akteur*innen, einschließlich Kommunalverwaltungen, politischer Gremien und Öffentlichkeit.

Wichtige Elemente einer kommunalen Wärmeplanung sind u.a. Bestands- und Potenzialanalysen, Zielszenarien und Strategieentwicklung unter Berücksichtigung erneuerbarer Energien sowie der Energieeffizienz von Wärmenetzen.

Die Finanzierungsmöglichkeiten für die Umsetzung der Wärmeplanung sollten einschließlich verschiedener Förderprogramme auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene geprüft werden.

Transparente Kommunikation und Information der Bürger*innen sind entscheidend, um Akzeptanz und Unterstützung für die geplanten Maßnahmen zu gewinnen. Informationsveranstaltungen, Beteiligungsprozesse und die Einbindung lokaler Akteur*innen sind hilfreich, um die Interessen und Bedürfnisse bei der Planung einzubeziehen.

Vor diesem Hintergrund möchten wir als Bürgerinitiative Zukunft Energie (BZE) unsere fachlichen Sicht und wesentliche Bedenken zum bereits vorliegenden KWP-Bericht darlegen.

Grundsätzliche Einordnung

Wir halten eine sachgerecht umgesetzte Kommunale Wärmeplanung grundsätzlich für ein sinnvolles und notwendiges Instrument zur strategischen Entwicklung unserer Gemeinden. Aus diesem Grund haben wir dem KWP-Team frühzeitig angeboten, unsere fachliche Expertise konstruktiv in den Prozess einzubringen – wie dies von überregionalen Akteuren, z.B. Deutscher Städte und Gemeindetag empfohlen und in vielen Kommunen über Beteiligungs- oder Begleitgruppen üblich ist. Eine solche strukturierte Mitwirkung wurde uns bis vor kurzem nicht ermöglicht.

Nach Veröffentlichung des KWP-Berichts im Internet haben wir nun erhebliche Zweifel, ob die vorliegenden Ergebnisse eine belastbare Grundlage für weitere, kostenintensive Umsetzungsentscheidungen (z. B. Machbarkeitsstudien) darstellen. Unsere Kritikpunkte haben wir dem Amt Zarrentin bereits in einer Stellungnahme übermittelt; die Rückmeldungen blieben aus unserer Sicht jedoch allgemein und inhaltlich nicht substantiell.

1. Unzureichende Einbindung/Nutzung zentraler Basisdaten

Die Qualität jeder Wärmeplanung steht und fällt mit der Qualität der zugrunde liegenden Basisdaten (Erhebung von Bestandsdaten, Wärmekataster etc.).

Aus unserer Sicht wurde hier zu Beginn des Verfahrens ein wesentlicher methodischer Fehler gemacht:

Die im WPG sowie in gängigen Praxisleitfäden ausdrücklich genannten und sehr wichtigen Gebäudedaten der Schornsteinfeger – insbesondere zu Energieverbräuchen, Heiztechnik, Brennstoffarten und Baualtersklassen – wurden nicht verwendet, obwohl diese Daten mehrfach angeboten wurden.

Dies wirft eine zentrale Frage auf: Wie „gebäudescharf“ und belastbar können die im KWP-Bericht vorgenommenen Bedarfs- und Szenarienberechnungen überhaupt sein, wenn diese sehr wichtige Datengrundlage besonders für Nichtleitungsgebundene Feuerstätten (z. B. Flüssiggas, Öl, Holz) fehlt?

Gerade wenn die Planung Aussagen zu künftigen Wärmetechnologien, Energieträgern und Netzlösungen treffen soll, sind präzise Ausgangsdaten zwingend erforderlich. Im KWP-Bericht selbst wird jedoch mehrfach darauf verwiesen, dass weiterführende Untersuchungen (z. B. Machbarkeitsstudien) notwendig seien, da vertiefende Berechnungen – etwa zur Wirtschaftlichkeit – bislang nicht erfolgt sind.

Damit bleibt offen, wie belastbar die getroffenen Aussagen tatsächlich sind und ob sie für fundierte politische Entscheidungen ausreichen.

2. Risiken durch ungesicherte Annahmen am Beispiel Business Park A24

Besonders deutlich werden diese Schwächen am Beispiel der Überlegungen zum Businesspark an der A24, bei dem u. a. industrielle Abwärme als zentrale Wärmequelle für ein Wärmenetz vorgesehen ist.

Laut KWP-Bericht sollen mehrere Unternehmen Abwärme liefern. Zwischenzeitlich ist jedoch bekannt geworden, dass ein wesentlicher potenzieller Lieferant (großer Lebensmittelproduzent/-händler) hierfür nicht zur Verfügung steht. Ob und in

welchem Umfang andere Unternehmen verbindlich als Abwärmelieferanten eingeplant werden können, geht aus dem KWP-Bericht NICHT hervor.

Solche Fragen sind aber für den Erfolg eines Wärmenetzprojekts elementar und hätten aus unserer Sicht bereits im Rahmen der Kommunalen Wärmeplanung systematisch geprüft werden müssen. Ohne gesicherte Aussagen zur Verfügbarkeit der Hauptenergieträger bleibt unklar, ob ein Wärmenetz überhaupt technisch, wirtschaftlich und langfristig stabil betrieben werden kann.

Stattdessen soll nun eine kostenintensive Machbarkeitsstudie (genannt wurden ca. 90.000–100.000 Euro) beauftragt werden, um diese grundlegenden Fragen nachträglich zu klären.

Dies wirft aus unserer Sicht mehrere Punkte auf:

- Wie belastbar sind die bisherigen Aussagen im KWP-Bericht, wenn wichtige zentrale Annahmen noch ungeklärt sind?
- Ist ein Wärmenetz unter diesen Voraussetzungen überhaupt realistisch darstellbar?
- Ist es sachgerecht, eine teure Machbarkeitsstudie zu beauftragen, wenn bereits starke Zweifel an der Datengrundlage und an den verfügbaren Wärmequellen bestehen?

Unabhängig von Förderquoten handelt es sich hierbei letztlich um öffentliche Mittel und damit um Steuergeld, das nur auf Grundlage belastbarer Vorprüfungen eingesetzt werden sollte.

3. Fehlende Beteiligungsstrukturen und Transparenz

Nach unserem Kenntnisstand wurden im Rahmen der KWP keine formalen Beteiligungs- oder Begleitgruppen (interessierte, fachnahe Bürger) eingesetzt; zumindest werden solche Strukturen im Bericht nicht benannt. Dabei können gerade diese Gruppen wertvolle lokale Kenntnisse, zusätzliche Daten, praxisnahe Einschätzungen und Akzeptanz in der Bürgerschaft einbringen.

Wir haben unsere Mitwirkung mehrfach angeboten. Beteiligungsformate hätten zudem die Transparenz des Verfahrens und das Vertrauen in die Ergebnisse deutlich stärken können.

4. Einordnung im bundesweiten Kontext

Unsere Kritikpunkte sind kein Einzelfall. Studien und Auswertungen unter anderem von Bundesinstituten (BBSR) sowie Forschungseinrichtungen (Fraunhofer, ifeu) zeigen, dass vielen Kommunalen Wärmeplanungen derzeit leider die notwendige inhaltliche Tiefe fehlt – insbesondere bei der Verarbeitung und Validierung von Basisdaten. Befragungen unter Kommunen ergeben zudem, dass ein erheblicher Teil selbst Zweifel an der realistischen Umsetzbarkeit der eigenen Wärmeplanung hat.

5. Ergänzungen

Ergänzend möchten wir darauf hinweisen, dass der KWP-Bericht selbst an mehreren Stellen ausdrücklich darauf verweist, dass zentrale Fragen – insbesondere zur Wirtschaftlichkeit, zur Realisierbarkeit von Wärmenetzen, zu Anschlussquoten sowie zu Betreiber- und Finanzierungsmodellen – im Rahmen der Kommunalen Wärmeplanung nicht abschließend beantwortet werden können und in nachgelagerten Machbarkeitsstudien, Betreiberkonzepten und weiteren Fachgutachten zu klären sind.

Gleichzeitig basieren die Priorisierung und Bewertung der vorgeschlagenen Wärmenetzprojekte im Bericht durchgängig auf Annahmen wie einer vollständigen Anschlussquote (100 Prozent), deren Realisierbarkeit weder begründet noch belegt ist.

Aber 100 Prozent Anschlussquote kann i. d. R. **nur mit Anschlusszwang** erreicht werden. Ein klar ausgewiesenes Unsicherheitsband mit einer Anschlussquote von ca. 50 Prozent bis 80 Prozent fehlt.

Im KWP-Bericht steht auf Seite 89, Abbildung 5-2, Konkrete Maßnahmen mit zeitlicher Indikation für den Businesspark an der A24 als flankierende Maßnahme: **Prüfung eines Anschlussgebots.**

Insbesondere beim Fokusprojekt Businesspark A24 stützen sich die vorgeschlagenen Maßnahmen zudem auf derzeit nicht gesicherte Voraussetzungen, etwa hinsichtlich der langfristigen Verfügbarkeit zentraler Abwärmequellen und verbindlicher Abnehmer.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für zwingend erforderlich, vor weitergehenden Beschlüssen oder der Beauftragung kostenintensiver Folgestudien eine kritische fachliche Überprüfung dieser Annahmen vorzunehmen. Auch sollte geprüft werden, ob die geplante bzw. laufende teure Machbarkeitsstudie bis zur fundierten Abklärung dieser wichtigen offenen Fragen ausgesetzt werden kann. Um Fehlentscheidungen und Fehlinvestitionen zu vermeiden, sollte die KWP erst verabschiedet werden, wenn sie belastbar nachgebessert wurde und qualitativ mindestens den gängigen Praxisleitfäden, insbesondere des Deutschen Städtetages, entspricht. Diese Leitfäden wurden entwickelt, um aus den Fehlern der Vorreiterstädte zu lernen und ähnliche Fehler zu vermeiden.

Schlussbemerkung

Sehr geehrte Damen und Herren, wir sehen es im Interesse aller Beteiligten – Kommunalpolitik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft – als unsere Aufgabe, bei der KWP frühzeitig auf strukturelle Schwächen und potenzielle Fehlentwicklungen hinzuweisen. Gerade weil aus der Kommunalen Wärmeplanung in den kommenden Jahren konkrete Projekte und erhebliche Investitionen abgeleitet werden sollen, ist eine kritische und sachliche Auseinandersetzung notwendig.

Wir wissen um die Komplexität und die Herausforderungen der Kommunalen Wärmeplanung. Gerade deshalb hatten und haben wir dem KWP-Team angeboten, unsere fachliche Unterstützung konstruktiv in die Projektgespräche einzubringen. Dieses Angebot gilt weiterhin, man hat uns ja mittlerweile die Mitarbeit zugesagt. Ein konkreter Termin steht jedoch leider immer noch aus.

Mit freundlichen Grüßen
Bürgerinitiative Zukunft Energie

Für weitere Informationen (Stellungnahme der BI
zur KWP, Leitfaden Deutscher Städtetag KWP usw.):
www.bi-zukunft-energie.de

Anlage: Erwiderung zur Einlassung vom 02.12.2025 (KWP-Stellungnahme BZE 11.11.25)